



Brieschlicher Monatsspende in Breslau 2 Thlr. außerhalb und  
Post 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer  
einzelnen Seite in Zeitung 1½ Sgr.

Nr. 410. Mittag-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dienstag, den 3. September 1867.

**Berordnung,**  
betreffend die Einberufung des Reichstages des norddeutschen Bundes.  
Vom 31. August 1867.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen &c., verordnen, auf Grund des Artikels 12 der Verfassung des norddeutschen Bundes, im Namen des Bundes, was folgt:

Der Reichstag des norddeutschen Bundes wird berufen, am 10. September d. J. in Berlin zusammenzutreten, und beauftragen wir den Bundeskanzler mit den zu diesem Zweck nötigen Vorbereitungen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteingehändigen Unterschrift und bei gedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Schloss Babelsberg, den 31. August 1867.

(L. S.)

Wilhelm.

Graf von Bismarck-Schönhausen.

## Deutschland.

Berlin, 2. Sept. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichts-Rath Moritz Lindner zu Striegau und dem Bürgermeister Leil zu Freiburg, im Kreise Schweidnitz, dem rothen Adlerorden vierter Klasse, dem Senator a. D. Forstrom zu Frankfurt a. M. den königlichen Kronenorden dritter Klasse, dem pensionirten Haupt-Steuer-Chefar Urich zu Marienburg den königlichen Kronenorden vierter Klasse, sowie dem Wegewärter Georg Weixlich zu Weinsheim im Kreise Creuznach das allgemeine Ehrenzeichen verliehen, den Präsidenten des Bundes-Kanzleramts Delbrück zum Wirklichen Geheimen Rath mit dem Prädicat "Excellenz"; sowie den seiterigen Garnisons-Prediger in Mainz, Ferdinand Conrad Schott, zum Consistorial-Rath und Mitgliede des Consistoriums der Provinz Sachsen; ferner den Barier August Julius Ferdinand Scheringer in Börge zum Superintendenten der Diözese Naumburg, und den pastor prim. Heinrich in Sagan zum Superintendenten der Diözese Sagan ernannt.

Dem Professor des Gymnasiums in Döls, Oberlehrer Dr. Böhmer, ist das Prädicat "Professor" verliehen worden. (St. Anz.)

[Die Berathungen mit den hessischen Vertrauensmännern,] deren heute die wahrscheinlich letzte stattgefunden, haben, wie man hört, durch das offene Entgegenkommen der Regierung wie der Vertrauensmänner selbst zu einem recht befriedigenden Resultat geführt und ebenso überzeugend als beruhigend gewirkt. In der nächsten Zeit werden nun solche Berathungen mit den Vertrauensmännern aus den Elberzogthümern folgen.

[Der Handelsminister] hat jetzt auf den Staatsbahnen den Transport von landwirtschaftlichem Salze von 1<sup>35</sup>/100 Pfennig pro Centner und Meile auf 1 Pfennig herabgesetzt.

[Der Minister v. d. Heydt] ist von seinem Fußleiden soweit wieder hergestellt, daß er am Sonnabend schon wieder im Ministerium selbst gearbeitet hat.

[Die Ausschüsse des Bundesrates] für Rechnungswesen und für Zoll- und Steuerwesen haben sich heute zur Fortsetzung der Berathung des Staats der Einnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern versammelt. Ebenso sind die Ausschüsse für Eisenbahnen, Post und Telegraphen und für Justizwesen heute zusammengetreten, um die Berathung des Entwurfs zum Postgesetz fortzuführen. Endlich hat der Ausschuss für Justizwesen zur Berathung mehrerer Petitionen heute eine Sitzung gehalten.

[Der königl. Botschafter am französischen Hofe Graf v. d. Goltz] hat sich, nachdem er einige Tage hier gewesen, heute früh auf seinen Posten nach Paris zurückgegeben.

[Der königl. Gesandte in St. Petersburg, Prinz Neuß], war am Sonnabend mit Urlaub eingetroffen und ist, nachdem er gestern und vorgestern St. Maj. dem königlichen Vortrag gehalten und mit dem Minister des Auswärtigen konferirt hatte, nach Schlesien abgegangen.

[Der Civil-Commissar Landrat v. Madai] ist zum Polizei-Präsidenten in Frankfurt a. M. ernannt worden.

[Von dem Reuter'schen Telegraphen-Bureau] ging der B. B.-Btg. heute folgendes Schreiben zu: Wir bedauern, Sie benachrichtigen zu müssen, daß der Geschäftsbetrieb unseres Bureau's bis zur Erlangung der erforderlichen ministeriellen Erlaubnis polizeilich untersagt ist und wir daher verhindert sind, vorläufig die von Ihnen bestellten Telegramme zu liefern. Wir hoffen indes sehr bald in den Stand gelegt zu sein, unsere Tätigkeit beginnen zu können und werden Ihnen alsdann sofort davon Mittheilung machen.

Wählen zum norddeutschen Reichstage.

Danzig (Landkreis). Stimmenverhältniß noch nicht überall festgestellt. Soweit ersichtlich, hat Ober-Regierungsrath v. Auerswald die Majorität.

Herzogthum Sachsen-Altenburg. Die Wahl des Appellations-Gerichts-Vizepräsidenten Wagner (nat.-lib.) ist sicher. Beteiligung möglich.

Herzogthum Braunschweig. Wahlkreis Braunschweig-Blankenburg. Landsyndicus Österreich (nat.-lib.) gewählt. Wahlkreis Wolfenbüttel-Helmstedt. Oberlehrer v. Heinemann (nat. lib.) gewählt. Wahlkreis Ganderseim-Holzminden Staatsanwalt Schnuse (nat.-lib.) gewählt.

Schleswig-Holstein. Wahlkreis Ratzburg-Lauenburg. v. Bülow (conserv.) mit 683 Stimmen gewählt. Der liberale Gegencandidat Susemihl erhielt 318 Stimmen.

Wahlkreis Sonderburg-Flensburg. Bis jetzt festgestellt: Kraus 7495, Ahlemann 5900. Aus 4 deutschen und 7 dänischen Bezirken fehlen noch die Resultate.

Raßau. 1. Wahlkreis: Neubronner gewählt. 2. Wahlkreis: Dr. Braun. 3. Wahlkreis: Noch unentschieden, wahrscheinlich von Diest. 4. Wahlkreis: Engere Wahl zwischen Knapp und dem Prinzen Nikolaus von Raßau. 5. Wahlkreis: Engere Wahl zwischen Schwarzkoppen und Schulze-Delitzsch.

Schloß Babelsberg, 31. August. [Se. Maj. der König] empfingen gestern den Herzog von Braunschweig auf Schloß Babelsberg, machten demnächst der Frau Fürstin von Biegnitz einen Gratulationsbesuch und empfingen zur Tafel den Herzog von Braunschweig, sowie alle anwesenden Mitglieder des königlichen Hauses, den Minister-Präsidenten Grafen Bismarck und den General-Intendanten der königlichen Schauspiele v. Hülsen. Nach der Tafel begaben sich die allerhöchsten und höchsten Herrschaften nach Berlin und wohnten der Vorstellung im Opernhaus bei. — Um 10 Uhr sah der König nach Schloß Babelsberg zurück. — Se. Maj. der König empfingen heute die Borträte des Militär- und Civil-Cabinetts, sowie die Meldung des Generals v. Budryk. Zur Tafel waren geladen der Oberst-Kammerer Graf v. Redern, der Gesandte Prinz Neuß, der Flügel-Adjutant und Commandeur des 2. Garde-Dragoners-Regiments Graf Finkenstein und der General-Adjutant v. Treskow. Den Thee nahmen Se. Maj. der

König im Neuen Palais bei Ihren königl. Hoheiten den kronprinzipialen Herrschaften. (St. Anz.)

Hamburg, 29. August. [Vollswirthschaftlicher Congres.] Zugleich teilte ich Ihnen nachträglich mit, welches das Resultat der gestrigen Abstimmung in der Münzfrage war. Dasselbe bestand darin, daß der Grumbrecht'sche Antrag mit großer Majorität angenommen wurde. Der Antrag lautete:

Mit Weglassung der Positionen II. und III. der (bereits von uns mitgetheilten) Referenten-Anträge die Position I, derselben in folgender Fassung anzunehmen: „Es ist zeitgemäß und höchst wünschenswerth, daß die einer vollständigen Münzeinführung in Deutschland noch entgegenstehenden Hindernisse und ausnahmsweise Zustände baldigst beseitigt und daß gleichzeitig zur Goldwährung im geeigneten Anschluß an die Pariser Münzkonvention vom 23. Dezember 1865 und die von der internationalen Münzkonferenz im Juli 1867 empfohlenen Grundsätze übergegangen werde.“

Als anderen Anträge (auch der Wolff'sche) fielen. Am Nachmittag machten die Congreßmitglieder auf dem Schiffe „Cymria“ der Hamburgisch-Americanischen Palefahrt-Actiengesellschaft eine Ausfahrt nach Stade, über welche wie gelegentlich Räther berichtet.

Heute Vormittag 9½ Uhr wurde die 4. Sitzung des Congresses durch Herrn Präsident Dr. Braun eröffnet. Derselbe hielt verschiedene Eingänge u. a. ein Schreiben von Schulze-Delitzsch, welcher bedauert, wegen des deutschen Genossenschaftsgesetzes verbündet zu sein, am Congress teilzunehmen — der Versammlung mit und übergebt alsdann den Vorsitz an den Herrn Vicepräsidenten Dr. Lette, um als Referent über die heutige Tagesordnung: „Die Art und Weise der Beschaffung der Mittel für Gemeindeausweiche in Stadt und Land“ Bericht zu erstatten. Dr. Braun legt dem Eingange seines Referats den von Professor Eminghaus zusammengestellten gedruckten Bericht zu Grunde. Er macht hieraus Mitteilung über die verschiedenen Arten der Beschaffung von Mitteln für Gemeindezwecke und erklärt, daß er die Ansicht nicht teile, die Gemeinde sei nur ein Theil, die unterste Verwaltungseinheit des Staates. Nein! Die Gemeinde sei älter als der Staat und schon hieraus folge, daß jenes „Schackelsystem“ ein verfehltes sei. Wo Staat und Gemeinde, wo die Angelegenheiten dieser und die von jenem noch nicht gehörig getrennt sind und in verschwommener Weise nebeneinander existieren, da muß auf ihre Scheidung hingearbeitet werden, was dies möglichst bald vollständig geschehe: dann werde sich auch die kritische Frage schnell entscheiden, ob Centralisation oder Decentralisation? Die Antwort lautet nämlich: auf staatlichem Gebiete ist die Centralisation unvermeidlich, für die Gemeinden muß die Decentralisation die Lösung sein. Referent beantragt folgende Resolution:

1) Bei der wesentlichen Verschiedenheit der Zwecke des Staats und der Gemeinde erfordert grundsätzlich eine Identifizierung der Staats- und der Gemeindesteuern nicht gerechtfertigt; vielmehr ist bei der Aufbringung der für den Staat notwendigen Mittel die Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen, dagegen bei der Beschaffung der für Gemeindezwecke erforderlichen Mittel das Verhältnis zwischen der Leistung der Communalsteuerpflichtigen und der Gegenleistung der Commune maßgebend; und daher

3) Prinzip und Distributionssmodus der erforderlichen Gemeindesteuern hauptsächlich abhängig von dem Zwecke, für welchen die betreffende Steuer verwendet wird;

so daß

4) in den Stadtgemeinden der städtische, in Landgemeinden der ländliche Grundbesitz zur Besteuerung heranzuziehen, im Uebrigen aber die Regelung der Frage in jedem concreten Falle von den besonderen localen Verhältnissen und Bedürfnissen abhängig zu machen ist.“

Zu Position 4 bemerkte Referent, daß es immer vorbehalten sein müsse, den localen Interessen auch in besonderer Weise Ausdruck zu geben, wie in der Schweiz und Oberschwaben, wo manche Gemeinden wieder in verschiedenste Untergemeinden (Schulz., Bieb., Bauerngemeinde) getheilt werden, welche sich mit ihren respectiven wirtschaftlich-genossenschaftlichen Aufgaben beschäftigen. Mit dieser Bemerkung schließt Referent seinen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag. — Correferent Grumbrecht sagt: Umgekehrt, der Staat sei älter als die Gemeinde; der Staat und die Gemeinde hätten „höhere Zwecke“, als der Vortreter ihnen zugewiesen. Von diesem Gesichtspunkte aus bekämpft er die Referenten-Anträge. — Eminghaus meint, man könne nicht das Prinzip von Leistung und Gegenleistung auf Staats- und Gemeindezwecke anwenden. — Professor Rößler spricht ebenfalls gegen die Referenten-Anträge. Die Grundsteuer sei überhaupt die einzige Communalsteuer. — Hahnendorf (von Kassel) will die Abstimmung auf den nächsten Congress verhindern wissen. Auch Rößler ist dieser Meinung. — Wolff meint, früher sei Gemeinde, Staat, bürgerliche Gesellschaft Eins gewesen. Die Cultur, die immer auf Arbeitsleistung hinwirkt — habe sie getrennt. Ohne Experimenten werde man nicht die „richtigste Steuer“ finden können. Die Schulen sollen nur, wenn sie Armenschulen sind, aus allgemeinen Communalsteuern bestritten werden, sonst macht man alle Schulen zu einem Appendix des Almosenwesens und dies ist ein Unglück in Deutschlands Schulwesen. — Herr Nescham (vor hier) ist auch gegen die Anträge und für Vertagung der Abstimmung. — Dr. Michaelis vertheidigt die Referenten-Anträge und wendet sich mit seinen Widerlegungen insbesondere gegen die Ausführungen der Herren Eminghaus und Rößler. Der Redner glaubt, daß die Resolutionen, so wie sie sind, vorläufig genügen würden. Wäre es notwendig, den „ungelehrten Vater“ einst noch weiter zu lecken, so würden ja spätere Congresse auf alle Fälle die Gelegenheit dazu bieten. — Pfeiffer beantragt, Position 2 auf Position 4 zu sagen: „zur Besteuerung vorzugsweise heranzuziehen“. — Referent Dr. Braun erhält das Schlusswort. Er erklärt sich für die Anträge Pfeiffers, aber gegen die Vertagung und weiß ferner daran hin, daß verschiedene Angriffe der Opponenten sich gegenseitig widersprechen. Die Herren möchten unter sich ausmachen, wer Recht hat. — Man schreitet zur Abstimmung. Das Resultat ist, daß der Referenten-Antrag in der von Pfeiffer formulierten Fassung mit großer Majorität angenommen wird. Damit ist die Tagesordnung erledigt. — Michaelis drückt dem Vorsitzenden Dr. Braun, Grumbrecht der ständigen Deputation, Braun dem Localcomitee, der ständigen Deputation und der gastlichen Stadt Hamburg den Dank der Versammlung aus. — Heute Nachmittag findet noch ein Festmahl, morgen eine Fahrt nach Kiel statt. — In die ständige Deputation des Congresses wurden gewählt: Braun, Lette, Böhmer, Michaelis, Prince-Smith, Börsmann, G. Müller, Wolff, Soetbeer. Durch Cooptation sind zugezogen: Eminghaus, Schulze-Delitzsch, Grumbrecht, Malowietzka, Fauder, Pfeiffer, Claus-Wünchen, Weigel-Kassel. (Post)

Lübeck, 30. Aug. [Das preußische Infanterie-Bataillon,] das in Folge der neulich abgeschlossenen Militär-Convention hierher verlegt wird und in welches die hiesigen Dienstpflichtigen einzutreten haben, wird zwischen dem 23. und 26. nächsten Monats hier eintreffen und zwar mit den erforderlichen Chargen vollständig versehen. Darnach ist die Hoffnung einiger der hiesigen Offiziere, namentlich der verheiratheten, daß sie beim Übertritt in die preußische Armee hier bleiben und in das hierher kommende Bataillon eintreten könnten, eine voreilige gewesen. Über den Übertritt oder Rücktritt waren die Offiziere unseres jüngsten Bataillons noch bis vor Kurzem völlig unschlüssig; seit aber in voriger Woche der Flügeladjutant des Königs, Oberst-Lieutenant v. Albedyll, hier gewesen und mit den einzelnen Offizieren konferirt hat, ist allen denjenigen Offizieren, die dem vierzigsten Lebensjahr nahe stehen oder dasselbe gar schon überschritten haben, die Überzeugung geworden, daß auf ein Avancement für sie in der preußischen Armee nicht zu rechnen ist, daß sie vielmehr nach wenigen Jahren auch gegen ihren Willen würden pensioniert werden und zwar dann nach preußischem Reglement, wobei die Pension niedriger ausfallen würde als diejenige, welche sie beanspruchen können, wenn sie schon jetzt zurücktreten und nach Maßgabe des bremischen Reglements pensioniert werden. In Folge solcher Erwägungen haben der Major, drei Hauptleute und drei Oberleutnants den Übertritt in die preußische Armee abzulehnen sich veranlaßt

geschenkt und beim Senat um ihre Pensionierung nach Maßgabe von § 17 der Militär-Convention nachgesucht. (H. R.)

Kiel, 30. August. [Marine] Sr. Majestät Schiff „Hela“ ist außer Dienst gestellt. — Sr. Majestät Schiff „Gestor“ wird demnächst außer Dienst gestellt und zu diesem Behufe beim Marindepot abgetakelt. Die auf beiden Schiffen befindlichen Mannschaften werden größtentheils zur Bevorrangung der beiden neuen Panzerschiffe verwendet werden.

Hannover, 29. August. [Graf Münster] in Hannover, welcher dem Könige Georg bereits früher den Verzicht auf den Thron brieflich angeraten, ohne eine Antwort zu erhalten, hat jetzt an den Prinzen Ernst August ein neues Schreiben mit gleichem Rathe gerichtet. In den Kreisen der Emigration versichert man, daß er auch dieses Mal nicht nur keine Antwort erhalten, sondern, daß ein nochmaliger Brief unerhofft zurückgedenkt werden würde. (K. B.)

Hanau, 29. Aug. [Dank des Kurfürsten.] Nach der Han. Btg. hat der Kurfürst auf die an seinem Geburtstage nach Horowitz überstandene Glückwunsche der hiesigen Festgesellschaft folgendes Antwortschreiben erlassen:

„Ich habe das Telegramm, durch welches Sie mir die Glückwunsche zu meinem Geburtstage namens einer Festgesellschaft zu Hanau überwandt haben, mit Vergnügen empfangen und spreche Ihnen und sämtlichen Theilnehmern hierdurch meinen aufrichtigen Dank für die festliche Begehung meines Geburtstages und die mir dabei dargebrachten Glückwünsche aus. Sagen Sie Ihren Festgästen, daß ich die loyalen Gefühle, welche ich in der Stadt Hanau in den Tagen meiner Heimfahrt, wo die Herzen offenbar werden, vor wahre Treue und Vaterlandsliebe sich erst erproben, gefunden habe und für die mir auch die Feier meines Geburtstages ein neuer, meinem Herzen wohlthuender Beweis gewesen ist, wohl zu würdigen weiß und dankbar erkenne. Ich hoffe zu Gott, daß es mir vergönnt sein werde, dies in kommenden besseren Tagen durch die That beweisen zu können. Schloß Horowitz, 22. August 1867. Ihr wohlgearter Friedrich Wilhelm.“

Hanau, 31. August. [Bei der heutigen Reichstagsswahl] erhielt in unserer Stadt Hanau, die zum Wahlbezirk Hanau-Gelnhausen-Ost gehört, der Kandidat der Volks- und Arbeiterpartei, Herr A. Trabant, ungefähr 1300 Stimmen, Herr Obergerichtsrath Beigel, nicht ganz 400 Stimmen.

Wiesbaden, 31. August. [Dr. Braun] ist mit großer Majorität zum Abgeordneten für den norddeutschen Reichstag hier gewählt worden. In 9 Wahlbezirken fielen auf ihn 1024 Stimmen, auf Herrn v. Preußen 130, auf Amtmann Rath 16, auf Herrn v. Dietz 2 und auf Prinz Nicolas 1 Stimme. In Nassau ist das Wahlresultat in Berg-Nassau, Scheuern, Oberwies, Dornholzhausen, Geisig, Dettighofen, Schweighausen, Hömöberg, Zimmerschied, Kemnau, Dausenau einstimmig für den Präsidenten v. Dietz ausgefallen. In Stadt Nassau ist Herr v. Dietz mit drei Viertel der Stimmen gewählt worden.

Frankfurt, 1. Sep. [Gegen die in der am 3. v. M. abgehaltenen Versammlung hiesiger Tabakshändler und Fabrikanten] gesetzten Resolutionen betreffs der beabsichtigten Einführung der Tabaksteuer ist beinahe seitens der Staatsanwaltschaft eingeschritten und sind die Blätter, welche dieselben veröffentlicht haben, die „Frankfurter Zeitung“ und das „Frankfurter Journal“, seiner Zeit mit Beslag belegt worden. Die Anklagerammer des Appellationsgerichts hat nunmehr gegen den Kaufmann F. L. Bolongaro-Trevenna wegen Vorlesung der Resolutionen und gegen die verantwortlichen Redactoren der genannten Blätter, P. Fried und J. G. Küb, wegen des Abdrucks der Erklärung auf Grund des § 101 (Schmähung von Anordnungen der Obrigkeit) die Erhebung einer Anklage beschlossen. (Kff. J.)

Potsdam, 1. Sept. [Postkarte von Berlin nach Potsdam.] Während die Regierung durch die vorbereitete Vorlage eines neuen Postgesetzes für den norddeutschen Bund anerkannt, daß die jetzt gültigen darauf bezüglichen Verordnungen ungünstig und der Verbesserung bedürftig sind, kommen Fälle vor, welche den Beginn der alten Postbeamterei wieder befürchten lassen. Am 23. v. Mts. berichtet die „Post“, reiste ein Berliner Einwohner, Herr Hildebrandt, in Geschäften nach Potsdam und siegte im Gasthofe zur „Stadt Brandenburg“ in der Charlottenstraße ab. Als er über die Straße ging, erfaßte ihn ein Polizeibeamter — und wie Herr Hildebrandt aus dessen Degen vermutet, ein höherer Polizeibeamter — am Arme und fragte barisch: „Wer sind Sie? Was wollen Sie? Haben Sie eine Karte?“ Der Gefragte erwiderte, daß, sobald er wisse, man eine Karte nicht mehr benötige, wenn man von Berlin nach Potsdam fahre. Er sei ein Preuß und Einwohner Berlins, übrigens habe er zufällig einige Papiere, die ihm legitimiren könnten, bei sich, so einen von der Stadtbevölkerung ausgestellten Schein über 20 Thlr., die er bei seiner bisherigen Niederlassung gezahlt hatte. Der Polizeibeamte nahm ihn mit in eine Nebengasse unter einen Thorweg, untersuchte seine Taschen und wandte dieselben um; damit noch nicht zufrieden, führte er ihn zur Wache und Hildebrandt erhielt dort die Weisung, Potsdam mit dem Eisenbahnzug um 2 Uhr zu verlassen.

München, 29. Aug. [Der Juristentag.] Heute hat die zweite und letzte Plenarsitzung des „deutschen Juristentages“ stattgefunden. Präsident Wächtler teilte mit, daß die Abtheilungen alle ihnen zugewiesenen Gegenstände erledigt haben und demnach ein reiches Material zur Beratung vorliege. Es wurde nun von den Referenten der verschiedenen Abtheilungen Vortrag erstattet. Kreisgerichtsdirektor v. Süßler berichtete über die Frage, ob der Amtsplatz

lationsrathe Becker von Oldenburg. — Nach erschöpfter Tagesordnung hielt der Präsident eine kurze Abschiedsrede, in welcher er für die Aufnahme, welche der Tagesordnung hier von allen Seiten gefunden hatte, sowie für die Unterstützung, welche dem Vorsitzenden zu Theil wurde, den wärmsten Dank ausdrückte und mit den besten Wünschen für das Wohl des Vaterlandes schloß. Ober-Appellations-Corps-Director Geh. Rath v. Molitor dankte dem Präsidenten für seine umsichtige Leitung der Geschäfte und brachte demselben ein Hoch aus, in welches die Versammlung auf das Herzliche einstimmte. Hiermit schloß die Sitzung. Diesen Nachmittag findet das Festmahl in dem hierzu prachtvoll dekorierten Glaspalaste statt.

München, 29. August. [Die Erzherzogin Sophie von Österreich] ist, von Ischl kommend, gestern Abends zum Besuch ihrer Verwandten in Possenhofen eingetroffen und wird einige Zeit dasselbe verweilen.

### Österreich.

Aus Nordösterreich, 30. August. [Protest gegen die Salzburger Conferenzen.] — Die Czechen und die Regierung. — Agitation für die Errichtung einer ungarischen Nationalarmee.] Es ist in der That für die Politik des Wiener Cabinets bezeichnend, daß unsere offiziösen oder sonst von der Regierung inspirirten Blätter die heftige Opposition ignoriren, welche der Salzburger Besuch und die dort getroffenen Vereinbarungen unter den Deutschen Österreichs und in der unabhängigen Presse hervorgerufen. Das Motto dieser offiziösen Taktik liegt auf der Hand und ist unschwer zu durchblicken. Man will nämlich durch das vornehme Ignoriren die Bedeutung jener Opposition herabdrücken, wiewohl man in geheim die Preußenfreundlichkeit der Opponenten nicht wenig fürchtet und jeden ihrer Schritte unter polizeiliche Aufsicht stellt. Zumal ist es der in meinen Briefen schon öfters citirte „Telegraf“, welcher gegen die jüngsten Neuerungen der Wiener Politik gegenüber Deutschland und Preußen sehr nachdrücklich und manhaft auftritt. „Die vielbesprochene und viel gelungene österreichisch-französische Allianz, sagt das genannte Blatt, ist also Thatsache geworden, mit der man rechnen muß, deren Bedeutung man nicht unterschätzen darf — deren Folgen man nicht übersehen kann. Es handelt sich dabei um nichts Geringeres als um den Bestand des österreichischen Kaiserstaates! Wir sprechen dies große Wort gelassen aus, denn es ist ja nicht das erste Mal, daß die österreichische Frage ventilirt wird.... Was uns betrifft, so erklären wir kurz und bündig: Die jungdeutsche Partei in Österreich anerkennt die französisch-österreichische Allianz nicht und wird sie niemals anerkennen. Sie wird ihr mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln entgegentreten; die Presse ist eines davon, aber nicht das einzige. Wir wollen doch sehen, ob die Stimmen von acht Millionen Deutschen, wenn sie vereinigt, nicht laut genug sind, um allerwärts gehört zu werden.“ Nach Ton und Haltung dieses Protestes ist es wohl kaum schwer, auf die Stimmung zu schließen, in welche unsere deutsche Partei durch die Salzburger Verhandlungen versetzt worden. — Mehrere Wiener Journale brachten jüngst die Nachricht, es seien seitens unserer offiziösen Propaganda Pourparlers mit czechischen Parteiführern, zumal mit Palacky und Rieger im Zuge, um diese und ihre politischen Freunde zum Eintritt in den Reichsrath zu veranlassen, dessen jüngste Session bekanntlich mit einem völligen Fiasco endigte. Es wird nun von Prag aus guter Quelle allerdings gemeldet, daß von Wien her ein solcher Annahmeversuch stattgefunden, von den Czechen aber entschieden abgelehnt und beantwortet worden. Die Czechen glauben nämlich, es sei ihrerseits jede Transaction mit dem gegenwärtigen Wiener Cabinet schon aus dem Grunde unmöglich, weil dieses dem Willen der Völker Österreichs entgegen sich abermals in die deutschen Angelegenheiten einmischte, was nicht allein den innern nationalen Conflict verschlimmern, sondern selbst die Existenz des Reiches bedrohen könnte. — In Ungarn gewinnt die separatistische Bechlußpartei täglich mehr Boden. So verlangt z. B. die Kossuth'sche Zeitschrift „Der Honvéd“ die Errichtung einer ungarischen National-Armee, damit diese gegen die in gewissen Wiener Kreisen noch immer bestehenden Reactionsgeliste die ungarische Verfassung undhigenfalls vertheidigen könne.

### Spanien.

Madrid. [Über den spanischen Aufstand] schreibt man der „R. Z.“ aus Paris: „Die Nachrichten aus Spanien sind wenig tröstlich für die Revolution. Am Abend des 30. August ist General Contreras mit 150 Mann, „dont 25 officiers et 25 mulets“, wie der offizielle Bericht des französischen Gendarmen-Capitains wörtlich sagt, nach Frankreich übergetreten. Die Aufständischen wurden von einem spanischen Regimente hart bedrängt; sie hatten mit letztem noch am Col de Benaque einen schweren Kampf und traten oberhalb Bagnères de Luchon — bei der Station L'Hospice — auf französischen Boden über, wo sie sofort entwaffnet und arretiert wurden. Die Insurgenter langten Abends 9 Uhr in Luchon an. Gegen Mitternacht waren sie alle dort untergebracht. General Contreras hatte seinen Delegaten abbrechen wollen, doch da man ihm sofort mitteilte, daß man ihn persönlich nicht entwaffnen wolle, unterließ er dies. Die Bande brachte die Leiche eines noch am Col de Benaque gefallenen Oberst-Lieutenants mit, der am 31. Aug. in Luchon begraben wurde, während man Contreras mit den Seinigen nach Toulouse beförderte. Der spanische Botschafter in Paris wurde telegraphisch angewiesen, dem Cabinet der Tuilerien für die freundliche Haltung zu danken, die es in dieser Angelegenheit eingenommen. Daß man für den Augenblick an dem Gelingen des Aufstandes verzweift, beweist folgender Privatbrief aus Barcelona: „Die Revolution ist zwar noch nicht ganz erstickt, aber sie beginnt ohnmächtig zu werden, da die Armeen sie mit aller Kraft bekämpft und sie nicht das kleinste Symptom jenes Misstrauens zeigt, auf die man noch vor einiger Zeit rechnen zu können glaubte. Dennoch hatte sich die Bewegung recht gut angelassen und viele Teilnehmer und Sympathien auf dem Lande sowohl als unter den ersten Familien Cataloniens gefunden. Die mysteriöse Ursache dieser unlogischen und doch erschlichenen Niederlage ist nur in der Unstichbarkeit des Generals Prim zu suchen, der, was auch immer Pariser Blätter fälschen mögen, sich wieder in Tarragona noch anderswo hat blitzen lassen. Wäre er aufgetreten, so wäre viel für die Sache des Aufstandes gewonnen gewesen. Aber diese Abwesenheit, welche die Insurgenter entmächtigt, macht doch auch die Regierung besorgt. Alle Tage constatirt man neue aufständische Regungen und man weiß sehr wohl, daß da, wo sich Prim zeigen wird, ein gefährlicher Herd der Revolution entstehen muß. Zögert er aber noch lange, sich zu zeigen, so muß man diesen Versuch verloren geben.“ In der That befanden Mittheilungen von hier, daß man dort nicht ohne Unruhe ist. Man meldet Verhaftungen einzelner Soldaten in der Hauptstadt und spricht selbst von einer Art ministerieller Krise. Drei Cabinesmitglieder hätten ihre Entlassung gefordert auf die Nachricht hin, daß die Königin mit Espanero in Unterhandlungen getreten sei.

18 Personen durch Polizeibeamte wegen Bettelns aufgegriffen und zur Haft gebracht worden.

[Alarmierung der Feuerwehr.] Die Hauptfeuerwehr rückte gestern Abend vor das Ohlauer-Tor, lehrte aber bald wieder zurück, da sich die auf der Mauritius-Feuerwehr gemachte Meldung eines Feuers am Weidendamm bald als eine irrtümliche erwies.

### Wahl - Resultate.

Bunzlau. Der liberale Candidat von Bunzlau-Lüben, Graf Dohna, ist gegen den Minister v. Selchow mit bedeutender Majorität gewählt worden. (Tel. Dep. d. Bresl. Ztg.)

Bunzlau. [Wahlresultat aus dem Kreise Bunzlau.]

	Graf Dohna	528,	b. Selchow	187	Stimmen.
Tillendorf	122,		24		
Greulich	55,		5		
Neundorf	81,		7		
Ob.-Thomaswalde	65,		8		
Wartshau	53,		14		
Siegersdorf	50,		66		
Uttig	20,		28		
Kotlach	10,		28		
Possen	12,		17		
Gieberg	30,		28		
Kromitz	30,		25		
N.-Schönsels	27,		14		
Buchwald	34,		—		
Gnadenberg	1,		49		
Krauschen	5,		57		
Reu-Jäschwitz	18,		28		
Alt-Jäschwitz	24,		5		
Martinwalde	22,		20		
Ullersdorf	13,		32		
Raumburg a. D.	71,		45		
Niedzwitz	7,		8		
Bielenbrück	7,		33		
Lommendorf	16,		15		
Archau	86,		7		
Roienthal	61,		12		
Gersdorff	81,		26		
Löbene	50,		18		
Hilgenlee	22,		14		
Tiergarten	19,		18		
Ottendorf	24,		17		
Kreiswitz	29,		28		
Ober-Schönsfeld	12,		31		
Kittigkrieden	39,		38		
Modlau	30,		95		

Dohna 1707, Selchow 1045.

Aus 31 Bezirken des Kreises fehlen noch die Resultate. Doch dürfte sich im Ganzen das Stimmverhältnis kaum wesentlich anders gestalten und haben wir nicht auf eine Niederlage im Kreise Löben zu rechnen, so dürfen wir uns der Wahl unseres liberalen (nat.-liber.) Candidaten erfreuen.

Waldenburg. [Fortsetzung der Wahlresultate.]

	122 für Reichenheim, 170 für Fürst Pleß.
Charlottenbrunn	17
Weistein	279
Altmauer	365
Ober-Waldenburg	69
Gottesberg	83
Dittmannsdorf	85
Schenkendorf	34
Reußendorf	26
Haitau	68
Hermsdorf	120
Adelsbach	9
Reimsbach	1

1278 1304 \*)

\* In der gestrigen Summierung ist ein Rechnungsfehler vorgekommen.

Guhrau. Der Antrag zur Wahlurne in der Stadt Guhrau war sehr mäßig. Es erhielten Präsident v. Frankenberg 56, Ober-Bergrath a. D. v. Carnall 28 Stimmen.

+ Hultschin, 1. September. [Zu den Wahlen.] Die Mühe, welche sich die Ortschulzen und andere im Gerude guten Gesinnung stehende Personen gegeben haben, um die ihnen zugesandten gebrochenen Wahlzettel an den Mann zu bringen, ist nicht unbefohlen geblieben. In der ganzen Umgegend — größtentheils einstimmig — wurde der conservative Candidat Herr Carl Fürst von Lichnowsky gewählt.

Dorf Lübus, Kr. Wohlau. Von 183 Stimmenden erhielt v. Frankenberger-Ludwigsdorf 173 Stimmen.

Berliner Börse vom 2. September 1867.

Fonds- und Gold-Cours.

Esterl. Staats-Anl. 14% 97 1/2 bz.

dito 1854. 55. 57. 41% 97 1/2 bz.

dito 1859. 42% 97 1/2 bz.

dito 1866. 43% 97 1/2 bz.

dito 1871. 43% 97 1/2 bz.

dito 1880. 52. 89 1/2 bz.

dito 1883. 4. 89 1/2 bz.

dito 1892. 8. 89 1/2 bz.

dito 1893. 8. 89 1/2 bz.

dito 1894. 8. 89 1/2 bz.

dito 1895. 8. 89 1/2 bz.

dito 1896. 8. 89 1/2 bz.

dito 1897. 8. 89 1/2 bz.

dito 1898. 8. 89 1/2 bz.

dito 1899. 8. 89 1/2 bz.

dito 1900. 8. 89 1/2 bz.

dito 1901. 8. 89 1/2 bz.

dito 1902. 8. 89 1/2 bz.

dito 1903. 8. 89 1/2 bz.

dito 1904. 8. 89 1/2 bz.

dito 1905. 8. 89 1/2 bz.

dito 1906. 8. 89 1/2 bz.

dito 1907. 8. 89 1/2 bz.

dito 1908. 8. 89 1/2 bz.

dito 1909. 8. 89 1/2 bz.

dito 1910. 8. 89 1/2 bz.

dito 1911. 8. 89 1/2 bz.

dito 1912. 8. 89 1/2 bz.

dito 1913. 8. 89 1/2 bz.

dito 1914. 8. 89 1/2 bz.

dito 1915. 8. 89 1/2 bz.

dito 1916. 8. 89 1/2 bz.

dito 1917. 8. 89 1/2 bz.

dito 1918. 8. 89 1/2 bz.

dito 1919. 8. 89 1/2 bz.

dito 1920. 8. 89 1/2 bz.

dito 1921. 8. 89 1/2 bz.

dito 1922. 8. 89 1/2 bz.

dito 1923. 8. 89 1/2 bz.

dito 1924. 8. 89 1/2 bz.

dito 1925. 8. 89 1/2 bz.

dito 1926. 8. 89 1/2 bz.

dito 1927. 8. 89 1/2 bz.

dito 1928. 8. 89 1/2 bz.

dito 1929. 8. 89 1/2 bz.

dito 1930. 8. 89 1/2 bz.

dito 1931. 8. 89 1/2 bz.